

Stadt wartet auf Grundsatzurteil zu Straßenausbaubeiträgen

Von Georg Vater

Freies Wort 02.07.2010

Suhl - Die von Thüringens Innenminister Peter M. Hubert am Mittwoch vorgestellte Kompromisslösung zu Straßenausbaubeiträgen werde in Suhl nicht zum Tragen kommen, ist Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld (Die Linke) überzeugt. Angesichts der finanziellen Schwierigkeiten der Stadt sei es illusorisch zu glauben, dass das Landesverwaltungsamt einer höheren kommunalen Beteiligung an den Straßenbaukosten zugunsten einer finanziellen Entlastung der Anwohner zustimmen werde.

Dies sei vielleicht für finanziell starke Kommunen ein gangbarer Weg zur Entlastung der Grundstücksbesitzer. Hoch verschuldete Kommunen, die sich zudem nur mit neuen Krediten über Wasser halten könnten, blieben bei dieser Lösung jedoch außen vor, kritisiert Leukefeld. "An der Lage der Suhler Bürger, von denen die Stadt rückwirkende Straßenausbaubeiträge fordert, wird sich damit nichts ändern", sagt sie.

Insgesamt hatte die Stadt seit Mitte der neunziger Jahre 1600 rückwirkende Bescheide erlassen. Derzeit sind davon noch immer rund 600 offen, gegen die Widersprüche eingelegt oder Klagen eingereicht wurden. Im Jahr 2000 hatten sich betroffene Bürger in einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen. Sie wehren sich gegen die 1996 von der Stadt beschlossene Satzung und die mit zahlreichen rechtlichen und sachlichen Fehlern behafteten Bescheide.

Mittlerweile sehen viele Bürger die eingelegten Widersprüche in unzulässiger Weise maßlos verschleppt. Zwischenzeitlich sind Säumniszuschläge und Zinsen in solchen Größenordnungen aufgelaufen, dass sich die eigentliche Summe bei vielen nahezu verdoppelt hat. Zwischen 4000 und 40 000 Euro liegen die geforderten Beträge - für so manchen geht es da an die Existenz. In einem Brief hatten sich die Bürger an den Innenminister gewandt und um eine zeitnahe Lösung des Problems gebeten. Darin wird klar festgestellt, dass man durchaus bereit sei, wie andere Bürger auch, für den Straßenausbau zu zahlen. Allerdings nicht die mit der Verschleppung des Verfahrens von der Stadt geforderten Summen.

Möglicherweise könnte eine Ablösevereinbarung den gordischen Knoten lösen. Diesen Vorschlag unterbreitete die Bürgerinitiative bei einer Zusammenkunft mit Ina Leukefeld und ihrem Fraktionskollegen Frank Kuschel kürzlich in Suhl. Mit am Tisch saßen auch ein Vertreter des Landesverwaltungsamtes sowie OB Jens Triebel und Finanzdezernent Erik Reigl. Die Ablösevereinbarung, so die Intention der Bürger, könne als Vergleich sowohl der Stadt als auch ihnen zugute kommen. Für die Stadt fielen keine weiteren Gerichtskosten an und das Geld könne zeitnah eingenommen werden. Für die Bürger würde damit das über ihren Köpfen schwebende Damoklesschwert endlich der Vergangenheit angehören.

Für Ina Leukefeld wäre dieser Vorschlag durchaus ein gangbarer Weg: "Ich plädiere für eine vernünftige Lösung. Man sollte einen solchen Vergleich in Erwägung ziehen", meint sie. Die Stadt lehnt das mit Verweis auf ihre angespannte Finanzlage und das fortgeschrittene rechtliche Verfahren allerdings bislang ab. Sie will lieber das

am 5. August bei einer um 10 Uhr beginnenden Verhandlung in Suhl erwartete Grundsatzurteil des Landesverwaltungsgerichts abwarten.